

Friedhofssatzung (Friedhofsordnung und Bestattungsgebührensatzung)

der Stadt Schömberg vom

16.03.2011

ergänzt um die Änderungssatzungen vom 18.11.2015 und 27.07.2016

Auf Grund der §§ 12 Abs. 2, 13 Abs. 1, 15 Abs. 1, 39 Abs. 2 und 49 Abs. 3 Nr. 2 des Gesetzes über das Friedhofs- und Leichenwesen (Bestattungsgesetz) in Verbindung mit den §§ 4 und 11 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg sowie den §§ 2, 11 und 13 des Kommunalabgabengesetzes für Baden-Württemberg hat der Gemeinderat am 16.03.2011 die nachstehende Friedhofssatzung beschlossen:

Inhaltsübersicht

- I. Allgemeine Vorschriften
 - § 1 Widmung

- II. Ordnungsvorschriften
 - § 2 Öffnungszeiten
 - § 3 Verhalten auf dem Friedhof
 - § 4 Gewerbliche Betätigung auf dem Friedhof

- III. Bestattungsvorschriften
 - § 5 Allgemeines
 - § 6 Säрге
 - § 7 Ausheben der Gräber und Durchführung der Bestattung
 - § 8 Ruhezeit
 - § 9 Umbettungen

- IV. Grabstätten
 - § 10 Allgemeines
 - § 11 Reihengräber
 - § 12 Wahlgräber
 - § 13 Urnenreihen-, Urnenwahlgräber und anonyme Gemeinschaftsurnengräber

- V. Grabmale und sonstige Grabausstattungen
 - § 14 Allgemeiner Gestaltungsgrundsatz
 - § 14 a Gestaltungsempfehlungen für Grabmale und sonstige Grabausstattungen
 - § 14 b Besondere Gestaltungsvorschriften für Rasenreihengräber
 - § 15 Grababdeckplatten
 - § 16 Genehmigungserfordernis
 - § 17 Standsicherheit
 - § 18 Unterhaltung
 - § 19 Entfernung

- VI. Herrichten und Pflege der Grabstätte
 - § 20 Allgemeines
 - § 21 Vernachlässigung der Grabpflege

- VII. Benutzung der Leichenhalle
 - § 22 Benutzung der Leichenhalle

- VIII. Haftung, Ordnungswidrigkeiten
 - § 23 Obhuts- und Überwachungspflicht, Haftung
 - § 24 Ordnungswidrigkeiten

- IX. Bestattungsgebühren
 - § 25 Erhebungsgrundsatz
 - § 26 Gebührenschuldner
 - § 27 Entstehung und Fälligkeit der Gebühren
 - § 28 Verwaltungs- und Benutzungsgebühren

- X. Übergangs- und Schlussvorschriften
 - § 29 Alte Rechte
 - § 30 Inkrafttreten

Gebührenverzeichnis

I. Allgemeine Vorschriften

§ 1 Widmung

(1) Die Friedhöfe sind öffentliche Einrichtungen der Stadt. Sie dienen der Bestattung verstorbener Gemeindeglieder und der in der Gemeinde verstorbenen oder tot aufgefundenen Personen ohne Wohnsitz oder mit unbekanntem Wohnsitz sowie für Verstorbene, für die ein Wahlgrab nach § 12 zur Verfügung steht. In besonderen Fällen kann die Stadt die Bestattung anderer Verstorbener zulassen. Die Friedhöfe dienen auch der Bestattung von Totgeburten, Fehlgeburten und Ungeborenen, falls ein Elternteil Einwohner der Gemeinde ist.

(2) Soweit nichts anderes bestimmt ist, gelten die Vorschriften über die Bestattung auch für die Beisetzung von Aschen.

(3) Das Gemeindegebiet wird in folgende Bestattungsbezirke eingeteilt:

- a) Bestattungsbezirk des Friedhofs in Schömberg:
Er umfasst das Gebiet der Gemarkung Schömberg,

- b) Bestattungsbezirk des Friedhofs in Schörzingen:
Er umfasst das Gebiet der Gemarkung Schörzingen.

Die Verstorbenen sind auf dem Friedhof des Bestattungsbezirks zu bestatten bzw. beizusetzen, in dem sie zuletzt ihren Wohnsitz hatten, sofern sie nicht bei ihrem Tod ein Recht auf Bestattung bzw. Beisetzung in einer bestimmten Grabstätte eines anderen Friedhofs hatten. Die Stadt kann Ausnahmen zulassen.

(4) Auf den Friedhöfen kann ferner bestattet werden, wer früher überwiegend im Gemeindegebiet gewohnt hat und seine Wohnung hier nur wegen der Aufnahme in einem auswärtigen Altenheim, Altenpflegeheim oder einer ähnlichen Einrichtung oder wegen Verlegung des Wohnsitzes zu auswärts wohnenden Angehörigen zur Vermeidung der Aufnahme in eine der genannten Einrichtungen aufgegeben hat.

II. Ordnungsvorschriften

§ 2 Öffnungszeiten

(1) Die Friedhöfe dürfen nur während der bekannt gegebenen Öffnungszeiten betreten werden.

(2) Die Stadt kann das Betreten der Friedhöfe oder einzelner Friedhofsteile aus besonderem Anlass vorübergehend untersagen.

§ 3 Verhalten auf dem Friedhof

(1) Jeder hat sich auf den Friedhöfen der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten. Die Anordnungen des Friedhofspersonals sind zu befolgen.

(2) Auf den Friedhöfen ist insbesondere nicht gestattet:

- a) die Wege mit Fahrzeugen aller Art zu befahren, ausgenommen Kinderwagen und Rollstühle sowie Fahrzeuge der Stadt und der für den Friedhof zugelassenen Gewerbetreibenden,
- b) während einer Bestattung oder einer Gedenkfeier in der Nähe Arbeiten auszuführen,
- c) den Friedhof und seine Einrichtungen und Anlagen zu verunreinigen oder zu beschädigen sowie Rasenflächen und Grabstätten unberechtigterweise zu betreten,
- d) Tiere mitzubringen, ausgenommen Blindenhunde,
- e) Abraum und Abfälle außerhalb der dafür bestimmten Stellen abzulagern,
- f) Waren und gewerbliche Dienste anzubieten,
- g) Druckschriften zu verteilen.

Ausnahmen können zugelassen werden, soweit sie mit dem Zweck des Friedhofs und der Ordnung auf ihm zu vereinbaren sind.

(3) Totengedenkfeiern auf den Friedhöfen bedürfen der Zustimmung der Stadt. Sie sind spätestens 4 Tage vorher anzumelden.

§ 4 Gewerbliche Betätigung auf dem Friedhof

(1) Bildhauer, Steinmetze, Gärtner und sonstige Gewerbetreibende bedürfen für die Tätigkeit auf dem Friedhof der vorherigen Zulassung durch die Stadt. Sie kann den Umfang der Tätigkeiten festlegen.

(2) Zugelassen werden nur solche Gewerbetreibende, die fachkundig, leistungsfähig und zuverlässig sind. Die Stadt kann für die Prüfung der Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit geeignete Nachweise verlangen, insbesondere dass die Voraussetzungen für die Ausübung der Tätigkeit nach dem Handwerksrecht erfüllt werden.

(3) Die Gewerbetreibenden und ihre Beauftragten haben die Friedhofssatzung und die dazu ergangenen Regelungen zu beachten und haften für Schäden, die sie auf den Friedhöfen schuldhaft verursachen. Die Gewerbetreibenden haben eine für die Ausführung ihrer Tätigkeiten ausreichende Haftpflichtversicherung nachzuweisen.

(4) Die Gewerbetreibenden dürfen die Friedhofswege nur zur Ausübung ihrer Tätigkeit und nur mit geeigneten Fahrzeugen befahren. Werkzeuge und Materialien dürfen auf dem Friedhof nur vorübergehend oder nur an den dafür bestimmten Stellen gelagert werden. Bei Beendigung der Arbeit sind die Arbeits- und Lagerplätze wieder in den früheren Zustand zu bringen.

(5) Bei Gewerbetreibenden, die gegen die Vorschriften der Absätze 3 und 4 verstoßen oder bei denen die Voraussetzungen des Absatzes 2 ganz oder teilweise nicht mehr gegeben sind, kann die Stadt die Zulassung auf Zeit oder auf Dauer zurücknehmen oder widerrufen.

(6) Das Verfahren nach den Absätzen 1 und 2 kann über einen Einheitlichen Ansprechpartner im Sinne des Gesetzes über Einheitliche Ansprechpartner für das Land Baden-Württemberg abgewickelt werden; § 42 a und §§ 71 a – 71 e des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes in der jeweils geltenden Fassung finden Anwendung.

III. Bestattungsvorschriften

§ 5 Allgemeines

(1) Bestattungen sind unverzüglich nach Eintritt des Todes bei der Stadt anzumelden. Wird eine Bestattung in einer früher erworbenen Wahlgrabstätte beantragt, so ist auf Verlangen der Stadt das Nutzungsrecht nachzuweisen.

(2) Ort und Zeit der Bestattung werden von der Stadt festgesetzt. Wünsche der Hinterbliebenen und der Geistlichen werden nach Möglichkeit berücksichtigt.

§ 6 Särge

(1) Die Särge für Kindergräber (§ 11 Abs. 2a) dürfen höchstens 1,60 m lang, 0,60 m hoch und im Mittelmaß 0,60 m breit sein. Die übrigen Särge dürfen höchstens 2,00 m lang, 0,65 m hoch und im Mittelmaß 0,70 m breit sein.

Sind in besonderen Fällen größere Särge erforderlich, so ist die Zustimmung der Stadt einzuholen.

(2) Säрге aus Hartholz (z.B. Eiche) oder sonstigem schwerverweslichem Holz, Metall oder anderem schwerverweslichem Material dürfen nicht verwendet werden. Die Säрге dürfen nicht mit Kunststoffen ausgeschlagen sein, die nicht oder nur schwer verrottbar sind.

(3) Die Bestattung konservierter Verstorbener ist nicht gestattet.

§ 7

Ausheben der Gräber und Durchführung der Bestattung

(1) Die Stadt lässt Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen sowie Aufbahrungen, Trauerfeiern, Überführung der Toten innerhalb des Friedhofs zur Grabstätte und Versenken des Sarges selbst ausführen. Dazu gehören der Grabaushub sowie das Verschließen der Grabstätten. Die Streifenfundamente für die Grabmale werden von der Stadt hergestellt.

(2) Die Stadt kann zulassen, dass der Sarg von Angehörigen des Verstorbenen bis zur Grabstätte getragen wird.

(3) Die Tiefe der einzelnen Gräber beträgt von der Erdoberfläche (ohne Hügel) bis zur Oberkante des Sarges mindestens 0,90 m, bis zur Oberkante der Urne mindestens 0,50 m. Bei doppeltief belegbaren Wahlgräbern beträgt die Grabtiefe (Grabsohle) mindestens 2,20 m.

§ 8

Ruhezeit

Die Ruhezeit der Verstorbenen beträgt 20 Jahre, die Ruhezeit der Aschen beträgt 15 Jahre, bei doppeltiefen Gräbern für die Erstbelegung 25 Jahre, für deren Zweitbelegung 20 Jahre, bei Kindern, die vor Vollendung des 10. Lebensjahres verstorben sind, 20 Jahre.

§ 9

Umbettungen

(1) Umbettungen von Verstorbenen und Aschen bedürfen unbeschadet sonstiger gesetzlicher Vorschriften der vorherigen Zustimmung der Stadt.

Bei Umbettungen von Verstorbenen wird die Zustimmung nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes, in den ersten 8 Jahren der Ruhezeit nur bei Vorliegen eines dringenden öffentlichen Interesses oder eines besonderen Härtefalles, erteilt.

(2) Umbettungen aus einem Reihengrab in ein anderes Reihengrab oder aus einem Urnenreihengrab in ein anderes Urnenreihengrab sind innerhalb der Stadt nicht zulässig. Die Stadt kann Ausnahmen zulassen. Nach Ablauf der Ruhezeit noch vorhandene Leichen- oder Aschenreste dürfen nur mit vorheriger Zustimmung der Stadt in belegte Grabstätten umgebettet werden.

(3) Umbettungen erfolgen nur auf Antrag. Antragsberechtigt ist bei Umbettungen aus einem Reihengrab oder einem Urnenreihengrab der Verfügungsberechtigte, bei Umbettungen aus einem Wahlgrab der Nutzungsberechtigte.

(4) In den Fällen des § 21 Absatz 1 Satz 3 und bei Entziehung von Nutzungsrechten nach § 21 Absatz 1 Satz 4 können Verstorbene oder Aschen, deren Ruhezeit noch nicht abgelaufen ist, von Amts wegen in ein Reihengrab oder in ein Urnenreihengrab umbettet werden. Im Übrigen ist die Stadt bei Vorliegen eines zwingenden öffentlichen Interesses berechtigt, Umbettungen vorzunehmen.

(5) Die Umbettungen lässt die Stadt durchführen. Sie bestimmt den Zeitpunkt der Umbettung.

(6) Die Kosten der Umbettung und den Ersatz von Schäden, die an benachbarten Grabstätten und an Anlagen durch eine Umbettung entstehen, haben die Antragsteller zu tragen, es sei denn, es liegt ein Verschulden der Stadt vor.

(7) Der Ablauf der Ruhezeit wird durch eine Umbettung nicht unterbrochen oder gehemmt.

IV. Grabstätten

§ 10 Allgemeines

(1) Die Grabstätten sind Eigentum der Stadt. An ihnen können nur Rechte nach dieser Satzung erworben werden; die Verfügungs- oder Nutzungsberechtigten erwerben kein Eigentum.

(2) Auf den Friedhöfen werden, soweit möglich, folgende Arten von Grabstätten zur Verfügung gestellt:

- | | |
|--|---|
| 1. Reihengräber (für Erdbestattungen) | <u>Größe:</u> 2,00 m lang, 1,00 m breit |
| 2. Rasenreihengräber (für Erdbestattungen) | <u>Größe:</u> 2,00 m lang, 1,00 m breit |
| 3. Kindergräber | <u>Größe:</u> 1,00 m lang, 0,60 m breit |
| 4. Urnenreihengräber | <u>Größe:</u> 1,00 m lang, 0,60 m breit |
| 5. Urnenrasengräber | <u>Größe:</u> 1,00 m lang, 0,60 m breit |
| 6. Wahlgräber einsteilig (Tiefengräber) | <u>Größe:</u> 2,00 m lang, 1,00 m breit |
| 7. Wahlgräber zweisteilig (Familiengräber) | <u>Größe:</u> 1,80 m lang, 1,80 m breit
Je nach Grabfeld kann die Länge auch 2,0 m oder 2,20 betragen und die Breite auch 2,0 m. |
| 8. Urnenwahlgräber | <u>Größe:</u> 1,00 m lang, 0,60 m breit |
| 9. Gemeinschaftsurnengräber (anonym) | |
- Von dieser Einrichtung soll nur in Ausnahmefällen Gebrauch gemacht werden, insbesondere, wenn keine näheren Angehörigen mehr vorhanden oder ausfindig zu machen sind.

(3) Ein Anspruch auf Überlassung einer Grabstätte in bestimmter Lage sowie auf die Unveränderlichkeit der Umgebung besteht nicht. Die vorhandene Bepflanzung ist zu dulden.

(4) Gräfte und Grabgebäude sind nicht zugelassen.

§ 11 Reihengräber

(1) Reihengräber sind Grabstätten für Erdbestattungen (dazu zählen auch Totgeburten), für die Beisetzung von Fehlgeburten und Ungeborenen und die Beisetzung von Aschen, die der Reihe nach belegt und im Todesfall für die Dauer der Ruhezeit zugeteilt werden. Eine Verlängerung der Ruhezeit ist nicht möglich.

Verfügungsberechtigter ist - sofern keine andere ausdrückliche Festlegung erfolgt - in nachstehender Reihenfolge

1. wer für die Bestattung sorgen muss (§ 31 Abs. 1 Bestattungsgesetz),
2. wer sich dazu verpflichtet hat,
3. der Inhaber der tatsächlichen Gewalt.

(2) Auf den Friedhöfen werden, soweit möglich, ausgewiesen:

- a) Reihengrabfelder für Verstorbene bis zum vollendeten 10. Lebensjahr (Kindergräber),
- b) Reihengrabfelder für Verstorbene vom vollendeten 10. Lebensjahr ab,
- c) Rasenreihengräber für Verstorbene vom vollendeten 10. Lebensjahr ab,
- d) Urnenrasengräber für Verstorbene vom vollendeten 10. Lebensjahr ab.

(3) In jedem Reihengrab wird nur ein Verstorbener beigesetzt. Die Stadt kann Ausnahmen zulassen.

Urnen können zusätzlich in bereits belegten Reihengräbern beigesetzt werden, wenn die gesetzliche Mindestruhezeit der Urne von 15 Jahren bis zum Ablauf der Ruhezeit der Erdbestattung eingehalten werden kann. Im Einzelfall kann die Stadt darüber hinausgehende Ausnahmen zulassen.

(4) Ein Reihengrab kann auch nach Ablauf der Ruhezeit nicht in ein Wahlgrab umgewandelt werden.

(5) Das Abräumen von Reihengrabfeldern oder Teilen von ihnen nach Ablauf der Ruhezeit wird drei Monate vorher ortsüblich oder durch Hinweise auf dem betreffenden Grabfeld bekannt gegeben.

§ 12 Wahlgräber

(1) Wahlgräber sind Grabstätten für Erdbestattungen (dazu zählen auch Totgeburten), für die Beisetzung von Fehlgeburten und Ungeborenen und die Beisetzung von Aschen, an denen ein öffentlich-rechtliches Nutzungsrecht verliehen wird. Das Nutzungsrecht wird durch Verleihung begründet. Nutzungsberechtigter ist die durch die Verleihung bestimmte Person.

(2) Nutzungsrechte an Wahlgräbern werden auf Antrag auf die Dauer von 40 Jahren (Nutzungszeit) verliehen. Sie können nur anlässlich eines Todesfalls verliehen werden. Die erneute Verleihung eines Nutzungsrechts ist nur auf Antrag möglich.

(3) Das Nutzungsrecht entsteht mit Zahlung der Grabnutzungsgebühr. Auf Wahlgräber, bei denen die Grabnutzungsgebühr für das Nutzungsrecht nicht bezahlt ist, sind die Vorschriften über Reihengräber entsprechend anzuwenden.

(4) Ein Anspruch auf Verleihung oder erneute Verleihung von Nutzungsrechten besteht nicht.

(5) Wahlgräber können ein- und zweistellige Einfach- oder Tiefengräber sein. In einem Tiefengrab sind bei gleichzeitig laufenden Ruhezeiten nur zwei Erdbestattungen übereinander zulässig.

(6) Während der Nutzungszeit darf eine Bestattung nur stattfinden, wenn die Ruhezeit die Nutzungszeit nicht übersteigt oder ein Nutzungsrecht mindestens für die Zeit bis zum Ablauf der Ruhezeit erneut verliehen worden ist.

Urnen können zusätzlich in bereits belegten Wahlgräbern beigesetzt werden, wenn die Mindestruhezeit der Urne von 15 Jahren die bereits verliehene Nutzungszeit nicht übersteigt. Im Einzelfall kann die Stadt darüber hinausgehende Ausnahmen zulassen.

(7) Der Nutzungsberechtigte soll für den Fall seines Ablebens seinen Nachfolger im Nutzungsrecht bestimmen. Dieser ist aus dem nachstehend genannten Personenkreis zu benennen. Wird keine Regelung getroffen, so geht das Nutzungsrecht in nachstehender Reihenfolge auf die Angehörigen des verstorbenen Nutzungsberechtigten mit deren Zustimmung über

1. auf die Ehegattin oder den Ehegatten, die Lebenspartnerin oder den Lebenspartner,
2. auf die Kinder,
3. auf die Stiefkinder,
4. auf die Enkel in der Reihenfolge der Berechtigung ihrer Väter oder Mütter,
5. auf die Eltern,
6. auf die Geschwister,
7. auf die Stiefgeschwister,
8. auf die nicht unter 1. bis 7. fallenden Erben.

Innerhalb der einzelnen Gruppen Nr. 2 bis 4 und 6 bis 8 wird jeweils der Älteste nutzungs-berechtigt.

(8) Der Nutzungsberechtigte kann mit Zustimmung der Stadt das Nutzungsrecht auf eine der in Absatz 7 Satz 3 genannten Personen übertragen.

(9) Der Nutzungsberechtigte hat im Rahmen der Friedhofssatzung und der dazu ergangenen Regelungen das Recht, in der Wahlgrabstätte bestattet zu werden und über die Bestattung sowie über die Art der Gestaltung und Pflege der Grabstätte zu entscheiden. Verstorbene, die nicht zu dem Personenkreis des Absatzes 7 Satz 3 gehören, dürfen in der Grabstätte nicht bestattet werden. Die Stadt kann Ausnahmen zulassen.

(10) Auf das Nutzungsrecht kann jederzeit nach Ablauf der letzten Ruhezeit verzichtet werden.

(11) Mehrkosten, die der Stadt beim Ausheben des Grabes zu einer weiteren Bestattung durch die Entfernung von Grabmalen, Fundamenten und sonstigen Grabausstattungen entstehen, hat der Nutzungsberechtigte zu erstatten, falls er nicht selbst rechtzeitig für die Beseitigung dieser Gegenstände sorgt.

§ 13

Urnenreihen- , Urnenwahlgräber und anonyme Gemeinschaftsurnengräber

(1) Urnenreihen- und Urnenwahlgräber sowie Urnenrasengräber sind Aschengrabstätten als Urnenstätten in Grabfeldern oder Nischen unterschiedlicher Größe in Mauern, Terrassen und Hallen, die ausschließlich der Beisetzung von Aschen Verstorbener dienen.

(2) In einem Urnenreihengrab und einem Urnenrasengrab können mehrere Urnen beigesetzt werden, sofern die Mindestruhezeit der zusätzlich beigesetzten Urne von 15 Jahren die Ruhezeit der vorher beigesetzten Urne nicht übersteigt. Im Einzelfall kann die Stadt darüber hinausgehende Ausnahmen zulassen.

(3) Pro Urnenreihen- oder Urnenwahlgrab und Urnenrasengrab sind maximal 4 Urnen zulässig. Die Stadt kann Ausnahmen zulassen.

(4) Soweit sich aus der Friedhofssatzung nichts anderes ergibt, gelten die Vorschriften für Reihen- und Wahlgräber entsprechend für Urnenstätten.

(5) Auf den Friedhöfen sind Gemeinschaftsurnengräber für anonyme Beisetzungen eingerichtet. Die einzelnen Grabstätten werden nicht gekennzeichnet. Anonyme Beisetzungen finden in der Regel ohne Beisein von Angehörigen des Verstorbenen und ohne Hinweis auf den Zeitpunkt der Beisetzung statt.

(6) Urnen dürfen nicht aus Materialien bestehen, die nicht oder nur schwer verrottbar sind.

V. Grabmale und sonstige Grabausstattungen

§ 14

Allgemeiner Gestaltungsgrundsatz

(1) Grabmale und sonstige Grabausstattungen müssen der Würde des Friedhofs in seinen einzelnen Teilen und in seiner Gesamtanlage entsprechen.

(2) § 17 ist zu beachten.

§ 14 a

Gestaltungsempfehlungen für Grabmale und sonstige Grabausstattung

(1) Material und Gestaltung:

- a) Für Grabmale sollen nur Natursteine, Holz, Schmiedeeisen oder Bronze verwendet werden.
- b) Grabmale mit Glas, Emaille, dezentem Farbanstrich auf Stein und Lichtbildern sind möglich.
- c) Schriften, Ornamente und Symbole sollen auf das Material, aus dem das Grabmal besteht, werkgerecht abgestimmt sein. Sie müssen gut verteilt und dürfen nicht aufdringlich groß sein.
- d) Firmenbezeichnungen dürfen nur unauffällig und nur auf der Rückseite des Grabmals angebracht werden.

(2) Größe der Grabmale:

Auf Grabstätten für Erdbestattungen werden Grabmale bis zu folgenden Größen vorgeschlagen:

- a) auf einstelligen Grabstätten (Reihengräber) und einstelligen Grabstätten mit Doppelbelegung (Tiefengräber) bis zu 0,65 m² Ansichtsfläche,
- b) auf zweistelligen Wahlgrabstätten (Doppelgräber) bis zu 1,00 m² Ansichtsfläche.

Für Urnengrabstätten werden Grabmale bis zu folgenden Größen vorgeschlagen:

- a) liegende Grabmale bis zu 0,30 m² Ansichtsfläche. Sie sollen nur flach oder flach geneigt auf die Grabstätte gelegt und nicht in Verbindung mit stehenden Grabmalen verwendet werden.
- b) stehende Grabmale bis maximal 60 cm Höhe, einschließlich Sockel und maximal 55 cm Breite,
- c) stelen- und säulenartige Grabmale bis maximal 75 cm Höhe.

(3) § 17 ist zu beachten.

§ 14 b

Besondere Gestaltungsvorschriften für Rasenreihengräber und Urnenrasengräber

(1) Auf den Rasenreihengräbern und Urnenrasengräbern wird von der Stadt eine durchgehende Rasenfläche angelegt, die zusammen mit den allgemeinen Rasenflächen des Friedhofes durch die Stadt unterhalten wird.

(2) Auf den Rasenreihengräbern und Urnenrasengräbern sind liegende Steinplatten bis maximal 0,30 m² Ansichtsfläche anzubringen. Sie müssen 10 cm über der Grasnarbe liegen, zur Erleichterung der Pflegearbeiten durch die Stadt.

(3) Auf den Steinplatten sind zusätzlich stehende Grabmale bis zu einer Höhe von maximal 60 cm und einer Breite von maximal 55 cm oder liegende Grabmale zulässig. Stelen und säulenartige Grabmale dürfen maximal 75 cm hoch sein.

(4) Blumenschmuck, Weihwasserkessel, Grablichter und ähnliches dürfen nur auf der Steinplatte abgestellt werden. In der Rasenfläche ist dies ausdrücklich nicht möglich.

(5) Ein Bepflanzen der Rasenfläche bei der Grabstätte, das Verlegen von Grabeinfassungen oder Grababdeckplatten ist nicht gestattet.

(6) Die §§ 14 Absatz 1, 14 a Absatz 1 und 17 sind zu beachten.

§ 15

Grababdeckplatten

(1) Aufgrund der Bodenbeschaffenheit auf den Friedhöfen sind zur Sicherstellung der Verwesung Grababdeckplatten über das gesamte Grab nicht zulässig. Dies gilt nicht für Urnengräber.

Teilabdeckungen in Form einer Grabeinfassung, von Platten oder liegenden Grabmalen sind bis höchstens 25 % der Pflanzfläche zulässig. Die Pflanzfläche beträgt bei Reihen-

und einstelligen Wahlgräbern 2,0 m², bei zweistelligen Wahlgrabstätten 3,24 m², bei Kindergräbern und bei Urnengrabstätten 0,6 m².

(2) Auf Rasenreihengräbern und Urnenrasengräbern sind weder Grababdeckplatten noch Teilabdeckungen zulässig.

§ 16 Genehmigungserfordernis

(1) Die Errichtung und jede Veränderung von Grabmalen bedarf der vorherigen schriftlichen Genehmigung der Stadt.

Ohne Genehmigung sind bis zur Dauer von zwei Jahren nach der Bestattung oder Beisetzung provisorische Grabmale als Holztafeln bis zu einer Größe von 15 mal 30 cm und Holzkreuze zulässig.

(2) Dem Antrag ist die Zeichnung über den Entwurf des Grabmals im Maßstab 1:10 zweifach beizufügen. Dabei ist das zu verwendende Material, seine Bearbeitung, der Inhalt und die Anordnung der Schrift, der Ornamente und Symbole sowie die Fundamentierung anzugeben.

Soweit erforderlich, kann die Stadt Zeichnungen der Schrift, der Ornamente und der Symbole im Maßstab 1:1 unter Angabe des Materials, seiner Bearbeitung und der Form verlangen. In besonderen Fällen kann die Vorlage eines Modells oder das Aufstellen einer Attrappe auf der Grabstätte verlangt werden.

(3) Die Errichtung und jede Veränderung aller sonstigen Grabausstattungen, z.B. Grabeinfassungen, bedarf ebenfalls der vorherigen schriftlichen Genehmigung der Stadt. Absatz 2 gilt entsprechend.

(4) Die Genehmigung erlischt, wenn das Grabmal oder die sonstige Grabausstattung nicht innerhalb von zwei Jahren nach Erteilung der Genehmigung errichtet worden ist.

§ 17 Standicherheit

Grabmale und sonstige Grabausstattungen müssen standsicher sein. Zur Vermeidung von Unfällen dürfen die Grabmale nur maximal 1,30 m hoch sein. Steingrabmale müssen mindestens 14 cm stark sein.

Sie sind ihrer Größe entsprechend nach den allgemein anerkannten Regeln des Handwerks zu fundamentieren und zu befestigen. Die Richtlinien des Bundesinnungsverbands des Deutschen Steinmetz-, Stein- und Holzbildhauerhandwerks für das Fundamentieren und Versetzen von Grabdenkmälern in der jeweils geltenden Fassung sind zu beachten.

§ 18 Unterhaltung

(1) Die Grabmale und die sonstigen Grabausstattungen sind dauernd in würdigem und verkehrssicherem Zustand zu halten und entsprechend zu überprüfen. Verantwortlich dafür ist bei Reihengrabstätten und Urnenreihengrabstätten sowie Urnenrasengräbern der Verfügungsberechtigte, bei Wahlgrabstätten und Urnenwahlgrabstätten der Nutzungsberechtigte.

(2) Erscheint die Standicherheit von Grabmalen und sonstigen Grabausstattungen gefährdet, so sind die für die Unterhaltung Verantwortlichen verpflichtet, unverzüglich Abhilfe zu schaffen. Bei Gefahr im Verzug kann die Stadt auf Kosten des Verantwortlichen Siche-

ungsmaßnahmen (z.B. Absperrungen, Umlegung von Grabmalen) treffen. Wird der ordnungswidrige Zustand trotz schriftlicher Aufforderung der Stadt nicht innerhalb einer jeweils festzusetzenden angemessenen Frist beseitigt, so ist die Stadt berechtigt, dies auf Kosten des Verantwortlichen zu tun oder nach dessen Anhörung das Grabmal oder die sonstige Grabausstattung zu entfernen. Die Stadt bewahrt diese Sachen drei Monate auf. Ist der Verantwortliche nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln, so genügt ein sechswöchiger Hinweis auf der Grabstätte.

§ 19 Entfernung

(1) Grabmale und sonstige Grabausstattungen dürfen vor Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der Stadt von der Grabstätte entfernt werden.

(2) Nach Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts sind die Grabmale und die sonstigen Grabausstattungen zu entfernen. Wird diese Verpflichtung trotz schriftlicher Aufforderung der Stadt innerhalb einer jeweils festzusetzenden angemessenen Frist nicht erfüllt, so kann die Stadt die Grabmale und die sonstigen Grabausstattungen im Wege der Ersatzvornahme nach dem Landesverwaltungsvollstreckungsgesetz selbst entfernen; § 18 Absatz 2 Satz 5 ist entsprechend anwendbar. Die Stadt bewahrt diese Sachen drei Monate auf.

VI. Herrichten und Pflege der Grabstätte

§ 20 Allgemeines

(1) Alle Grabstätten müssen der Würde des Ortes entsprechend hergerichtet und dauernd gepflegt werden. Verwelkte Blumen und Kränze sind von den Grabstätten zu entfernen und an den dafür vorgesehenen Plätzen abzulagern.

(2) Die Höhe und die Form der Grabhügel und die Art ihrer Gestaltung sind dem Gesamtcharakter des Friedhofs, dem besonderen Charakter des Friedhofsteils und der unmittelbaren Umgebung anzupassen. Bei Plattenbelägen zwischen den Gräbern dürfen die Grabbeete nicht höher als die Platten sein. Die Grabstätten dürfen nur mit solchen Pflanzen bepflanzt werden, die andere Grabstätten und die öffentlichen Anlagen nicht beeinträchtigen.

(3) Für das Herrichten und für die Pflege der Grabstätte hat – außer bei Rasenreihengräbern und Urnenrasengräbern – der nach § 18 Absatz 1 Satz 2 Verantwortliche zu sorgen. Die Verpflichtung erlischt erst mit dem Ablauf der Ruhezeit bzw. des Nutzungsrechts.

(4) Die Grabstätten müssen innerhalb von sechs Monaten nach Belegung hergerichtet sein.

(5) Die Grabstätten sind nach Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts abzuräumen. § 19 Absatz 2 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.

(6) Das Herrichten, die Unterhaltung und jede Veränderung der gärtnerischen Anlagen außerhalb der Grabstätten obliegt ausschließlich der Stadt. Verfügungs- bzw. Nutzungsbe-

rechtigte sowie die Grabpflege tatsächlich vornehmenden Personen sind nicht berechtigt, diese Anlagen der Stadt zu verändern.

§ 21 **Vernachlässigung der Grabpflege**

(1) Wird eine Grabstätte – außer bei Rasenreihengräbern und Urnenrasengräbern - nicht hergerichtet oder gepflegt, so hat der Verantwortliche (§ 18 Absatz 1 Satz 2) auf schriftliche Aufforderung der Stadt die Grabstätte innerhalb einer jeweils festzusetzenden angemessenen Frist in Ordnung zu bringen. Ist der Verantwortliche nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln, so genügt ein dreimonatiger Hinweis auf der Grabstätte. Wird die Aufforderung nicht befolgt, so können Reihengrabstätten und Urnenreihengrabstätten von der Stadt abgeräumt, eingeebnet und eingesät werden. Bei Wahlgrabstätten und Urnenwahlgrabstätten kann die Stadt in diesem Fall die Grabstätte im Wege der Ersatzvornahme nach dem Landesverwaltungsvollstreckungsgesetz in Ordnung bringen lassen oder das Nutzungsrecht ohne Entschädigung entziehen. In dem Entziehungsbescheid ist der Nutzungsberechtigte aufzufordern, das Grabmal und die sonstigen Grabausstattungen innerhalb von drei Monaten nach Unanfechtbarkeit des Entziehungsbescheids zu entfernen.

(2) Bei ordnungswidrigem Grabschmuck gilt Absatz 1 Satz 1 entsprechend, auch bei Rasenreihengräbern und Urnenrasengräbern. Wird die Aufforderung nicht befolgt oder ist der Verantwortliche nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln, so kann die Stadt den Grabschmuck entfernen. Die Stadt bewahrt diese Sachen drei Monate auf.

(3) Zwangsmaßnahmen nach Absatz 1 und 2 sind dem Verantwortlichen vorher anzudrohen.

VII. Benutzung der Leichenhalle

§ 22

(1) Die Leichenhalle dient der Aufnahme der Verstorbenen bis zur Bestattung. Sie darf nur in Begleitung eines Angehörigen des Friedhofspersonals oder mit Zustimmung der Stadt betreten werden.

(2) Sofern keine gesundheitlichen oder sonstigen Bedenken bestehen, können die Angehörigen den Verstorbenen während der festgesetzten Zeit in den Aufbahrungsräumen sehen. In der Aussegnungshalle darf der Sarg nicht geöffnet werden.

VIII. Haftung, Ordnungswidrigkeiten

§ 23 **Obhuts- und Überwachungspflicht, Haftung**

(1) Der Stadt obliegen keine über die Verkehrssicherungspflicht hinausgehenden Obhuts- und Überwachungspflichten. Die Stadt haftet nicht für Schäden, die durch nichtsatzungsgemäße Benutzung des Friedhofs, seiner Anlagen und Einrichtungen, durch dritte Personen oder durch Tiere entstehen. Im Übrigen haftet die Stadt nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Die Vorschriften über Amtshaftung bleiben unberührt.

(2) Verfügungsberechtigte und Nutzungsberechtigte haften für die schuldhaft verursachten Schäden, die infolge einer unsachgemäßen oder den Vorschriften der Friedhofssatzung widersprechenden Benutzung oder eines mangelhaften Zustands der Grabstätten entstehen. Sie haben die Stadt von Ersatzansprüchen Dritter freizustellen, die wegen solcher Schäden geltend gemacht werden. Gehen derartige Schäden auf mehrere Verfügungsberechtigte oder Nutzungsberechtigte zurück, so haften diese als Gesamtschuldner.

(3) Absatz 2 findet sinngemäß Anwendung auf die nach § 4 zugelassenen Gewerbetreibenden, auch für deren Bedienstete.

§ 24 Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne von § 49 Absatz 3 Nr. 2 des Bestattungsgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. den Friedhof entgegen der Vorschrift des § 2 betritt,
2. entgegen § 3 Abs. 1 und 2
 - a) sich auf dem Friedhof nicht der Würde des Ortes entsprechend verhält oder die Weisungen des Friedhofspersonals nicht befolgt (§ 3 Absatz 1),
 - b) die Wege mit Fahrzeugen aller Art befährt,
 - c) während einer Bestattung oder einer Gedenkfeier in der Nähe Arbeiten ausführt,
 - d) den Friedhof und seine Einrichtungen und Anlagen verunreinigt oder beschädigt sowie Rasenflächen und Grabstätten unberechtigterweise betritt,
 - e) Tiere mitbringt, ausgenommen Blindenhunde,
 - f) Abraum und Abfälle außerhalb der dafür bestimmten Stellen ablagert,
 - g) Waren und gewerbliche Dienste anbietet,
 - h) Druckschriften verteilt.
3. eine gewerbliche Tätigkeit auf dem Friedhof ohne Zulassung ausübt (§ 4 Absatz 1),
4. als Verfügungs- oder Nutzungsberechtigter oder als Gewerbetreibender Grabmale und sonstige Grabausstattungen ohne oder abweichend von der Genehmigung errichtet, verändert (§ 16 Absatz 1 und 3) oder entfernt (§ 19 Absatz 1),
5. Grabmale und sonstige Grabausstattungen nicht in verkehrssicherem Zustand hält (§ 18 Absatz 1).

IX. Bestattungsgebühren

§ 25 Erhebungsgrundsatz

Für die Benutzung der Bestattungseinrichtungen und für Amtshandlungen auf dem Gebiet des Leichen- und Bestattungswesens werden Gebühren nach den folgenden Bestimmungen erhoben.

§ 26 Gebührensschuldner

- (1) Zur Zahlung der Verwaltungsgebühren ist verpflichtet
1. wer die Amtshandlung veranlasst oder in wessen Interesse sie vorgenommen wird,
 2. wer die Gebührensuld der Stadt gegenüber durch schriftliche Erklärung übernommen hat oder für die Gebührensuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.
- (2) Zur Zahlung der Benutzungsgebühr ist verpflichtet,
1. wer die Benutzung der Bestattungseinrichtung beantragt;
 2. die bestattungspflichtigen Angehörigen der verstorbenen Person (Ehegatte oder Ehegattin, Lebenspartner oder Lebenspartnerin, volljährige Kinder, Eltern, Großeltern, volljährige Geschwister und Enkelkinder).
- (3) Mehrere Gebührensschuldner haften als Gesamtschuldner.

§ 27 Entstehung und Fälligkeit der Gebühren

- (1) Die Gebührensuld entsteht
1. bei Verwaltungsgebühren mit der Beendigung der Amtshandlung,
 2. bei Benutzungsgebühren mit der Inanspruchnahme der Bestattungseinrichtungen
 3. bei Grabnutzungsgebühren mit der Verleihung des Nutzungsrechts.
- (2) Die Verwaltungsgebühren und die Benutzungsgebühren werden einen Monat nach Bekanntgabe der Gebührenfestsetzung fällig.

§ 28 Verwaltungs- und Benutzungsgebühren

- (1) Die Höhe der Verwaltungs- und Benutzungsgebühren richtet sich nach dem als Anlage zu dieser Satzung beigefügten Gebührenverzeichnis.
- (2) Ergänzend findet die Satzung über die Erhebung von Verwaltungsgebühren - Verwaltungsgebührenordnung - in der jeweiligen Fassung entsprechend Anwendung.

X. Übergangs- und Schlussvorschriften

§ 29 Alte Rechte

Bei Grabstätten, über welche die Stadt bei Inkrafttreten dieser Friedhofsordnung bereits verfügt hat, richten sich die Nutzungsrechte an Wahlgräbern und die Gestaltung nach den bisherigen Vorschriften.

§ 31 Inkrafttreten

(1) Diese Satzung tritt am 01.04.2011 in Kraft.

(2) Zum gleichen Zeitpunkt tritt die Friedhofssatzung mit Friedhofsordnung und Bestattungsgebührensatzung vom 25.11.2009 außer Kraft.

Hinweise:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder von auf Grund der GemO erlassener Verfahrensvorschriften beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Stadt geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Schömberg, den 16.03.2011/18.11.2015/27.07.2016

gez.

Karl-Josef Sprenger
Bürgermeister

- Gebührenverzeichnis -

1. Für die Bestattung bzw. Beisetzung

1.1. Herstellung / Schließen eines Grabes für Personen bis zum vollendeten 10. Lebensjahr (Kindergrab) (auch für Totgeburten, Fehlgeburten und Ungeborene)	251,00 Euro
1.2. Herstellung / Schließen eines Grabes für Personen vom vollendeten 10. Lebensjahr an (Erwachsenengrab)	483,00 Euro
1.3. Herstellung / Schließen eines Rasenreihengrabes für Personen vom vollendeten 10. Lebensjahr an	483,00 Euro
1.4. Herstellung / Schließen eines Urnengrabes 1.4.1 auch bei Beisetzung in ein bestehendes Grab Ziffer 3.4.2 ist zu beachten.	180,00 Euro
1.5. Herstellung / Schließen eines anonymen Gemeinschaftsurnengrabes	180,00 Euro
1.6. Herstellung / Schließen eines Tiefengrabes 1. Belegung 2. Belegung	596,00 Euro 483,00 Euro
1.7. Herstellung / Schließen eines Doppelgrabes 1. u. 2. Belegung, je	483,00 Euro
1.8. Herstellung / Schließen eines Wahlurnengrabes 1. und 2. Belegung, je	180,00 Euro
1.9. Herstellung / Schließen eines Urnenrasengrabes für Personen vom vollendeten 10. Lebensjahr	180,00 Euro

2. Für die Überlassung eines Reihengrabes

2.1. für Personen bis zum vollendeten 10. Lebensjahr (Kindergrab) (auch für Totgeburten, Fehlgeburten und Ungeborene)	179,00 Euro
2.2. für Personen vom vollendeten 10. Lebensjahr an (Erwachsenengrab)	596,00 Euro
2.3. Für die Überlassung eines Rasenreihengrabes	2.620,00 Euro
2.4. Für die Überlassung eines Urnengrabes	134,00 Euro
2.5. Für die Überlassung einer Grabstätte im anonymen Gemeinschaftsurnengrab	156,00 Euro
2.6. Für die Überlassung eines Urnenrasengrabes	1.700,00 Euro

3. Für die Verleihung eines Grabnutzungsrechtes an einem Wahlgrab

3.1. für ein einstelliges Wahlgrab (Tiefengrab)	1.192,00 Euro
3.2. für ein zweistelliges Wahlgrab (Doppelgrab)	1.931,00 Euro
3.3. für ein Wahlurnengrab	358,00 Euro
3.4. für den erneuten Erwerb eines Nutzungsrechtes 3.4.1. für die Dauer einer Nutzungsperiode wie 3.1., 3.2. bzw. 3.3. 3.4.2. für eine davon abweichende Nutzungsdauer anteilig nach dem Verhältnis der Nutzungsperiode zur erneuten Nutzungsdauer.	

Diese Regelung gilt analog auch für die Zubettung von Urnen in ein belegtes Reihengrab, wenn die Stadt dies trotz Überschreitung der Ruhezeit ausnahmsweise gestattet hat.

4. Für sonstige Leistungen

4.1. <u>Benutzung der Leichenhalle</u>	
4.1.1. Benutzung der Leichenzelle und/oder Kühlzelle und Aussegnungshalle (Trauerfeier) mit Beerdigung	293,00 Euro
4.1.2. Benutzung der Leichenzelle und/oder Kühlzelle ohne Aussegnungshalle (keine Trauerfeier) mit/ohne Beerdigung	278,00 Euro
4.1.3. Trauerfeier ohne Benutzung Kühl-/Leichenzelle, nur Aussegnungshalle	278,00 Euro
4.2. <u>Dekoration mit der Grabmatte</u>	
4.2.1. Erdgrab	43,00 Euro
4.2.2. Urnengrab	16,00 Euro
4.3. <u>Ausgraben, Umbetten oder Tieferlegen</u> von Leichen, Gebeinen oder Urnen je Hilfskraft und Stunde	51,00 Euro
4.4. <u>Herstellung von Grabeinfassungen</u>	
4.4.1. für ein Erwachsenengrab (Personen vom vollendeten 10. Lebensjahr an)	411,00 Euro
4.4.2. für ein Tiefengrab	411,00 Euro
4.4.3. für ein Kindergrab (Personen bis zum vollendeten 10. Lebensjahr)	228,00 Euro
4.4.4. für ein Doppelgrab	564,00 Euro
4.4.5. für ein Urnengrab	228,00 Euro
4.5. <u>Stellen von Sargträgern</u> , pro Mann (außer Totengräber)	36,00 Euro
4.6. Beerdigung ohne Benutzung der Leichenhalle	69,00 Euro

6. Verwaltungsgebühren

Genehmigung von Grabmalanträgen	15,00 Euro
---------------------------------	------------